

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Voten oder durch die Post bezogen monatlich 200000 Mark — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen



Verantw. für den Inhalt: Karl Schudy, Böhmum. Druck: G. Hansmann & Co., Böhmum. Telefon-Nummern: 88, 89, 96 Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Böhmum, Wenzelsburger Straße 39-42. Telegramm: Altverband Böhmum

„Gerechte Lastenverteilung“.

Nach Beendigung des Ruhrkampfes muß unsere Wirtschaft berechenbare Formen annehmen, was nur möglich ist, wenn die Reparationsfrage geregelt und die Währung saniert wird. Was dieses bedeutet, ist jedem Einsichtigen klar. Es gilt, aus dem Dilemma herauszukommen, in welches uns besonders der privatkapitalistische Geist der Fachmännerregierung hineingebracht hat. Wir müssen Werte schaffen, erzeugen, möglichst billiger erzeugen wie das Ausland, um unsere Waren absetzen zu können. Unsere Industrieerzeugnisse müssen uns auf dem Austauschwege Rohstoffe bringen, um die Industrie in Gang zu setzen und zu halten, sie müssen uns auch die Beschaffung der fehlenden Nahrungs- und Bedarfsartikel ermöglichen. Aus dem Produktionsprozeß muß ferner so viel herauspringen, daß unsere Staatsmaschinerie unter Dampf bleibt — die inneren Ausgaben müssen durch die Einnahmen gedeckt werden — und es müssen ferner die Reparationssummen daraus aufgebracht werden. Das sind bittere Notwendigkeiten, die allein zur Wiederaufrichtung unseres kranken Staatswesens und Befriedigung unserer Gegner führen. Und diese sollen gemeistert werden, trotzdem uns wichtige Produktionsstätten — Saar, Lothringen, Oberschlesien usw. — als Folgen des unglücklichen Krieges abgenommen worden sind.

Diese Notwendigkeiten erfordern von uns Anspannung aller Kräfte und Opferbereitschaft. Schon heute wird in der Presse ein Kampf zwischen den einzelnen Volksschichten ausgetragen, eben um diese Opferbereitschaft. Uns wäre es viel lieber, wenn dieser Streit nicht auszutragen, diese Lastenverteilung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen geregelt wäre und wir nur mit unseren Klassenangehörigen zu beraten hätten, wie wir am besten unsere Würde wehren. Was jedoch von privatkapitalistischer Seite herüberläuft, ist weiter nichts, als nacktester Egoismus, Klagen über Verarmung der Besitzenden und Schmelzergeien der Besitzlosen. Es ist keine angenehme Arbeit, bei ernstlichen Wirtschaftsbetrachtungen solche Minderwertigkeiten beachten zu müssen. Wenn aber Organe, die ernst genommen sein wollen, solches immer wieder hervorheben, so kann man sie nicht schweigend übergehen. Die „Bergwerkszeitung“ vom 6. September veröffentlicht z. B. eine Aufschrift, welche folgende Stillübungen enthält:

„... Es ist doch kein Geheimnis, daß es gerade die jugendlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten sind, die ihr Geld in Tanz- und Weinstuben, in Kinos und Zigarettenläden verpulvern. ... Und dann dieser lächerliche Kleiderluxus auf der Straße, diese Parade lackierter Anstaltler ... diejenigen, die man zu Tode verurteilt, damit dieser ekelhafte Karneval weiter dauern kann, tragen größtenteils gewendete, gestickte und abgenutzte Kleider. ... Unter mit sozialistischem Geist durchtränktes Finanzsystem, das einen bestimmten Volksteil durch Steuern auspumpert, um den anderen panem et circenses (d. h. Brot und Spiele. Red. der Bergarbeiterztg.) zu beschaffen. ... Da hat man den seit 5 Jahren abgehängten Schichten neuerdings unter dem Druck der Strafe mit rückwärtsloser Härte bis zur Unerträglichkeit schwere Lasten auferlegt, um unsere Währung zu stützen. Zugleich hat man aber trotz aller Warnungen — ebenfalls unter dem Druck der Straße — wertbeständige Löhne und Gehälter eingeführt und steht nun vor der selbstverständlichen Tatsache, daß die neuen Steuern jetzt schon größtenteils durch die für 6 Wochen erfolgten Vorauszahlungen an die Beamten verbraucht sind.“

Eine solche Steuerpolitik kann sich natürlich nur herausbilden, wenn man seine Lebensweisheit nur aus Tanz- und Weinstuben und Kinos schöpft. Was sich dort tummelt, ist der Geist oben zitierter Beurteiler. Die Wirklichkeit findet man nur inmitten des arbeitenden Volkes. Man sehe sich ihr Familienleben, ihre Brotbeschränkung, ihre Sorgenfalten und ihre blauen Kinder an. Doch wozu überhaupt noch gegen solche Verbohrtheiten ankämpfen! Wer nichts anderes sieht als schweigende Arbeiter und Unternehmer und Devisenbesitzer mit nur gestickten Hosen, den darf man nicht ernst nehmen. Es ist eben tief bedauerlich, daß man umsetzen existenzwirtschaftlicher Sorge Hohlheiten entgegensetzt. Gerechte Verteilung der Lasten! Jawohl! Aber wir verstehen diese nicht so, daß die Unternehmer den Arbeitern ihr Brotquantum vorkreihen. Die Arbeitskraft des einzelnen muß als Eigentum der Nation bewertet, sie darf nicht blindlings gerührt werden. Die Allgemeinheit soll über den einzelnen verfügen können, auch über den Unternehmer. Ist es ein „wirtschaftliches Gesetz“, daß mit der Aufrichtung der Wirtschaft „eine Nivellierung aller“ verbunden ist, dann müssen sich auch die Unternehmer als dienendes Glied dem Volksganzen unterstellen. Ihre Pflicht ist es, die Betriebe technisch auszugestalten und nicht, wie dies in letzten Jahren geschehen ist, den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und sich so — durchslavieren. Es soll nicht heißen: „Wieviel verdiene ich?“, sondern: „Wie diene ich am besten dem Volksganzen?“ Nur das, oder — sie sind überflüssig, schädlich!

Der im Produktionsprozeß entstandene Mehrwert muß dem Staat gehören, er darf nicht den Unternehmern zur freien Verfügung überlassen werden. Die Wirtschaftsanarchie der letzten Jahre ist hauptsächlich deshalb entstanden, weil man die Wirtschaftskrisen sowohl bei der gewerblichen als auch bei der landwirtschaftlichen Produktion den Unternehmungen überließ, dort einen Geldüberschuß schaffte, der zu unproduktiven Ausgaben, lediglich um überflüssiges Geld anzulegen, benutzt wurde. Die Ersaffung der Wirtschaftskrisen muß so ausgebaut und durchgeführt werden, daß sie uns eine kraftvolle Stütze bei der Sanierung unserer Währung bieten kann.

Also: Man schaffe zuerst die Vorbedingungen zu einer staatsrechtlichen Wirtschaft. Die Vorbedingung ruht nicht nur in der physischen Kraft des Arbeitmannes, sondern in erster Linie in der sichtsicheren Verzeugung aller Verantwortlichen und Zeitenden, daß die Produktion unserer Rettung und nicht den Profitinteressen einzelner dienen soll. Dann kann man auch auf die Arbeiterschaft rechnen.

Generallstreik der tschechoslowakischen Bergarbeiter.

Die zu diesem Streik führenden Ursachen verdienen allgemeine Beachtung. Gaben doch die Bergarbeiter die Arbeit geschlossen niedergelegt, obwohl sie in den Kernrevieren nur vier Tage in der Woche arbeiten. Die Organisationen konnten es wagen, weil sie eine gut organisierte Bergarbeiterschaft hinter sich haben, mit der sie in den letzten Jahren wiederholt mit Erfolg unerträgliche Zumutungen der Unternehmer abwiesen. Am 16. August tagte eine Reichskonferenz, welche den Generallstreik beschloß. Am 19. August nahmen Reichskonferenzen zu diesem Beschluß Stellung, den sie gutheißten. Am 20. August war der Streik allgem.

Ueber die Ursachen kurz folgendes: Die tschechoslowakische Kohle, insbesondere die Steinkohle des Dittauer Reviers, findet, weil zu teuer, keinen genügenden Absatz im Auslande. Die Förderung stinkt und es werden durchschnittlich nur vier Schichten in der Woche gearbeitet. Die Unternehmer wollen gemeinsam mit der Regierung die Kohlepreise um 30% abbauen, das sind 5 Kronen je Meterzentner (100 Kilo). Von diesen 5 Kronen wollen die Unternehmer 2 Kr. tragen, die Regierung will gleichfalls 2 Kr. in Form von Steuerabbau auf sich nehmen, während die Arbeiter 1 Kr. von ihrem Lohn lassen sollen. Die Unternehmer behaupten, daß die Bergleute durchschnittlich 57 Kr. verdienen, wenn sie 1 Kr. vom Lohn aufgeben, dann wird die Kohle um 30% billiger, konkurrenzfähiger, und die Bergleute können fünf oder sechs Tage in der Woche arbeiten.

Die Arbeiterorganisationen erkennen die Notwendigkeit einer Verbilligung der Kohle durchaus an. Aber sie sagen, daß der Lohnanteil an den Verkaufskosten so gering sei, daß er garnicht in die Waagschale falle. Dittauer Steinkohle kostet ab Grube inkl. Steuer 21,35 Kronen. Einschließlich Fracht und Maschinakosten beträgt z. B. der Preis frei Haus in Prag 38,36 Kr. Der Lohnanteil beträgt hiervon 4,94 Kr., oder nur 13 Prozent. Die Organisationen sind deshalb der Ansicht, daß die Kohlepreise erheblich herabgesetzt werden können. Der Lohn sei ohnehin so gering, daß derselbe bedeutend steigen statt fallen müßte. Er betrage nicht 57 Kr., wie die Unternehmer behaupten, sondern nur 49 Kr.

Die Regierung steht scheinbar vollkommen auf Seiten der Unternehmer. Auf den Ausgang dieses Kampfes kann man gespannt sein. Notstandsarbeiten werden verrichtet. Streibreaker gibt es wenige und diese werden von den Weibern gestellt.

Sowjetdeutschland?

Nach der Petersburger „Krasnaja Gaseta“ werden in Deutschland die bolschewistischen Wogen mächtig anschwellen, sobald die Diktatur der Streikmann-Regierung offenbar geworden ist. Deutschland solle zugunsten der Revolution in Deutschland Opfer bringen und die Kommunistische Partei solle für diesen Moment gerüstet sein, denn es wird ein entscheidendes Moment für die Weltrevolution kommen.

Nach menschlichen Begriffen steht die „Weltrevolution“ noch sehr weit hinter den Bergen. Die Siegerstaaten im Weltkriege denken gar nicht daran. Ihr Militarismus und Imperialismus triumphiert und ist stark genug, jede Weltrevolution innerhalb der ihm erwünschten Grenzen zu halten.

Und wie sieht es mit Deutschland aus? Den Franzosen wäre hier ein bolschewistischer Ausbruch gar nicht unerwünscht. Sie bekämen einen nicht zu unterschätzenden Vorwand gegenüber den anderen Staaten zur Loslösung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes von Deutschland.

Die Hand aufs Herz, ihr Sowjetanhänger: Wollt ihr Deutschland bolschewisieren, um die Ansprüche Frankreichs zu befriedigen? Nein, das wollt ihr doch nicht! Deshalb haben die französischen Machtpolitiker kein Interesse an einem Sowjetdeutschland, sie lassen kein solches in ihrem Machtbereich auskommen. Sollte das unbesetzte Deutschland infolge der Not zum Spielball politischer Abenteuer werden und entweder eine Sowjetrepublik oder — worauf es vorerhand abgesehen ist — eine Halbkonzern-Sowjetrepublik errichtet werden, dann wird sich Frankreich eben an Rheinland-Westfalen guttun, um sich „bezahlt“ zu machen.

Und was wird dann aus dem übrigen Deutschland, aus dieser neuen Sowjetrepublik? Ohne die rheinisch-westfälische Industrie ist es nicht lebensfähig! Rußland kann einer solchen Republik nicht helfen. Es kann mit einem wirtschaftlich starren Deutschland Handel treiben, einem Deutschland, das sich selbst zu ernähren nicht in der Lage ist, kann es nur bolschewistische Whrasen bieten und diese stillen keinen Hunger. Eingekesselt zwischen imperialistischen Staaten, jeder Lebensmöglichkeit beraubt, würde es in größter Not die Sowjetherrschaft zum Teufel jagen, um vollkommen erschöpft, dezimiert an Bevölkerung durch Bürgerkrieg und Hunger, dem Faschismus in den Schoß zu fallen.

Wer also Deutschland bolschewisieren will, der muß vorerit bei Frankreich anfangen, und dort sieht es mit dem Kommunismus noch schlecht aus.

Und die von rechts?

Die Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Partei hielten in Berlin eine Sitzung ab. Die Führer dieser kaiserlichen Revolutionsarmee: Pergt, Gelfferich, Schiele und Reichert redeten. Es wurde eine lange Resolution beschloffen, in welcher gesagt sei, daß in der Streikmann-Regierung die Sozialdemokraten einen „offenherlichen übermäßigen Einfluß“ besäßen. (Anderer behaupten das Gegenteil. Was ist nun richtig?) Darum ist entschiedene Opposition gegen diese Regierung die einzige, wahrhaftige, staatserschütternde Einstellung. Zur Begründung dieser Weisheit wurde ein Programm formuliert. Demnach will

man alle Reparationen und Zahlungen einstellen, die Entente-Kommissionen über die Grenzen jagen und die allgemeine Wehrpflicht einführen. Innenpolitisch wird gefordert:

Die Staatsautorität im Innern rückhaltlos wiederherzustellen, die verfassungswidrigen Schutzgesetze abzuschaffen, eine Stelle mit außerordentlichen Machtvollkommenheiten zu betrauen, wo der staatliche Schutz versagt, dann Schutz der Heimat und Arbeit selbst in die Hand zu nehmen.

Mit einer unerschämten Offenheit wagen sich auch die Kaiserlichen mit einer Diktatur und Abschaffung aller Schutzgesetze heranz. Und sie begründen ihre gefährliche Spielerei mit den unsinnigen Treibereien der Linksradikalen. Beide Parteien sind also die Wölfe zu: der Bolschewismus und der Monarchismus. Beide wollen die demokratische Regierung stürzen und diktatorische Herrscher werden. Die organisierte Arbeiterschaft hat dafür zu sorgen, daß beides nur eine Whrase bleibt.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung. Wochenhilfe.

Durch die Verordnung über Wochenhilfe vom 18. August 1922 werden vom 20. August 1923 ab die Wochenhilfeleistungen nach einer anderen Art gewährt als bisher. Für die Bemessung der Beiträge der Wochenhilfe wird die vom Statistischen Reichsamt des Innern veröffentlichte Reichsrichtzahl (Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten) zugrundegelegt. Nach dieser Regelung muß betragen:

1. der einmalige Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und der Schwangerschaftsbeschränkung das Sechsfache der Reichsrichtzahl,
2. der Beitrag zu den Kosten der Schwangerschaftsbeschränkung, wo keine Entbindung stattfindet, das Einunddoppeltfache der Reichsrichtzahl,
3. das Mindestwöchengehalt für versicherte Wöchnerinnen ein Zehntel der Reichsrichtzahl täglich und
4. das Mindestwöchengehalt für versicherte Wöchnerinnen drei Zwanzigstel der Reichsrichtzahl täglich.

Das Mindestwöchengehalt und Mindeststündelgeld für nichtversicherte Wöchnerinnen, die aber nach der Familienwochenloshilfe berechtigt sind, ist das gleiche wie für versicherte Wöchnerinnen.

Für den gesamten Versicherungsfall ist die am Ende der Woche der Rückkunft veröffentlichte Reichsrichtzahl maßgebend. Die Reichsrichtzahl wird auf volle Laufende abgerundet. Die Vorstände der Krankenkassen können mit Zustimmung des Oberverwaltungsamts beschließen, daß die unter folgenden Leistungen an Wochenloshilfe und Stündelgeld nach den in diesen abgedruckten Reichsrichtzahlen berechnet werden.

Für Entbindungshilfe, die vor dem 20. Aug. 1923 eingetreten sind, ist das Wochen- und Stündelgeld für den Rest der Bezugszeit nach der am 20. August 1923 veröffentlichten Reichsrichtzahl zu berechnen.

Steuerabzug vom Lohn.

Für den nach dem 31. August fällig gewordenen Arbeitslohn ermäßigt sich bei Lohnzahlungen, die nach dem 31. August 1923 erfolgen, der 10prozentige Steuerabzug vom Lohn um folgende Beträge:

1. für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um monatlich je 360000 Mk.;
2. für jedes minderjährige, zum Haushalt zählende Kind, auch wenn es bis zum Alter von 17 Jahren eigenes Arbeitslohnemmen hat, um monatlich 240000 Mk.;
3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 des EStG. zulässigen Abzüge (Werbungskosten u. a.) um monatlich 3000000 Mk.

Weist der Steuerpflichtige nach, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 des EStG. den Betrag von monatlich 30000000 Mk. um mindestens 3000000 Mk. monatlich übersteigen, so ist auf seinen Antrag an das zuständige Finanzamt eine Erhöhung dieser Beträge zulässig.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Der österreichische Kohlenbergbau.

Österreich in seinem heutigen Umfang hatte vor dem Kriege einen Kohlenbedarf von 14 1/2 Mill. To. Kohle und 1 1/2 Mill. To. Koks. Er wurde in großem Umfang von Böhmen und Oberschlesien aus gedeckt. 1922 betrug der Kohlenverbrauch 9 Mill. To., das sind 56 Prozent des Friedensbedarfs. Nur 3276000 To. Kohle wurden im eigenen Gebiet gewonnen, das sind rund 36 Prozent. 4,01 Mill. To. Steinkohle und 1,4 Mill. To. Braunkohle mußten eingeführt werden. Für diese Einfuhr mußte Österreich 1922 3,6 Millionen Kronen an das Ausland zahlen.

Die meisten Gruben sind technisch, besonders in den Aufbereitungsanlagen, rückständig, so daß sie vielfach nicht mit den handelsüblichen Sorten auf den Markt kommen können. Von den Unternehmern wird hierfür die Zwangswirtschaft während des Krieges verantwortlich gemacht, aber auch die Freigabe der Kohlenwirtschaft seit Anfang 1922 hat hier eine Veränderung gebracht. Jetzt sagen die Unternehmer, daß die Konkurrenz des Auslandes so erdrückend sei, weil die ausländischen Kohlenportommen besser und die ausländischen Werke nicht so mit sozialen Lasten überbürdet (1) seien wie Österreich.

Eine Denkschrift der Unternehmer an die Regierung gibt aber zu, daß der altgemohnte Schalenbrian mit schuld ist an den unergieblichen Zuständen. Sie führt Zahlen an, in welchem Umfang in Deutschland die Umstellung industrieller Betriebe auf Braunkohle erfolgt ist, während dies in Österreich fast gar nicht geschah, obwohl die österreichische Braunkohle von ebenso guter Qualität sei wie die tschechische. Die Folge war, daß die Förderung um 30 bis 50 Prozent verminderten. In Mittelfrankenmark waren 2000 Bergleute arbeitslos, der Staat zahlte wöchentlich 210 Millionen Kronen Arbeitslosenunterstützung, was bei einiger Effizienz der Industrie gar nicht nötig gewesen wäre.

In der Denkschrift wird zunächst verlangt, daß systematisch die Verwendung inländischer Kohle gefördert werden müsse. Dann aber wird ein langes Klageged über die sozialen Lasten und den Wirtschaftsentzug gelungen. Die österreichischen Kameraden werden alles daransetzen müssen, die hier geforderten Verschlechterungen abzuwehren.

An unsere Verbandsmitglieder!

Die katastrophale Geldentwertung bedroht die Finanzen, die Einrichtungen und damit die Aktionsfähigkeit des Verbandes auf schwerster. Im Hinblick auf die Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung drohen durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnsenkung usw., ist es selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitgliedes, Opfer zu bringen, um den Verband stark und aktionsfähig zu erhalten. Vorstand und Bezirksleiter haben deshalb auf Grund des § 10 Ziffer 1 des Statuts beschlossen, einen

Extrabeitrag

In Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages

auszuschreiben. Dieser Extrabeitrag soll von der 36. Beitragswoche ab vorläufig in vier Wochenraten dergestalt erhoben werden, dass der jeweilige Wochenbeitrag um 25 Prozent erhöht wird. Diese Erhöhung kommt in den auszugehenden Beitragsmarken für die 36. bis einschliesslich 39. Woche zum Ausdruck. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Beitrag zu entrichten. Wir erwarten, dass den Einkassierern keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Kameraden! Ihr alle kennt die Gefahren, die mit der unheilvollen wirtschaftlichen Entwicklung dem Verbandsmitglieder drohen. Wir sind überzeugt, dass ihr das geforderte Opfer freudig bringen werdet. Notwendig ist aber, dass die Beiträge wöchentlich pünktlich gezahlt und von den Funktionären auf dem schnellsten Wege abgeführt und der Hauptkasse übermittleit werden. Nur wenn die Funktionäre und Mitglieder allseitig zusammenarbeiten, ist es möglich, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Nachstehende Angaben zeigen unseren Kameraden, wie katastrophal sich die Entwicklung auf die Finanzen des Verbandes auswirken musste. Da wir verschiedenartige Beiträge in verschiedenen Revieren haben, können wir nur Durchschnittswerte angeben. Im Durchschnitt betrug im ganzen Verbandsgebiet der Julibeitrag 6800 Mk., der Augustbeitrag 235500 Mk. Die Julibeiträge standen im August nur zu einem sehr geringen Bruchteil der Hauptkasse zur Verfügung und es liefen zum Teil sogar noch die Beiträge aus dem Monat Juni erst ein.

So wenig unsere Kameraden ihren Haushalt mit dem Lohn aus dem Monat Juni bestreiten können, ebenso wenig kann der Verband die August-Ausgaben mit den Beiträgen aus dem Monat Juni bestreiten.

Ein Waggon Druckpapier, der im Monat Juli 78 Millionen Mark kostete, musste im August mit 565 Millionen Mk. bezahlt werden. Im September wird er mindestens 1 Milliarde Mark kosten. Infolge der Ruhrbesetzung müssen wir die „Bergarbeiter-Zeitung“ an verschiedenen Stellen drucken lassen. An einer Stelle zahlten wir im Juli nur für den Druck einer vierseitigen Zeitung, ohne Satz, Papier und Expedition, 33 Millionen Mark, im August dagegen für nur eine zweiseitige Zeitung 485 Millionen Mark. Auch diese Ausgabe wird im September voraussichtlich 1 Milliarde Mark betragen.

Diese kurzen Angaben müssen unseren Kameraden als Beweis für die unabwendbare Notwendigkeit eines Extrabeitrages in Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages genügen. Sie müssen auch unseren Funktionären zeigen, dass die wöchentliche Beitragskassierung und schleunigste Abführung der einkassierten Beiträge eine absolute Notwendigkeit sind.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Passive Resistenz.

Vom „passiven Widerstand“, den die Kameraden leisten, wenn die Franzosen und Belgier versuchen, sich die im Boden des Ruhrgebiets ruhenden Reichtümer anzueignen, wenn sie versuchen, Kohlen wieder in Reichthum zu stellen, um mit deutschem Kohle die französische Hüttenindustrie aufrecht zu erhalten, wurde schon viel geschrieben. Lobend werden die Belegschaften erwähnt, die sich weigern, solche Arbeit zu leisten, welche den Feinden des Vaterlandes zugute kommt. Nur bei der Aufrechterhaltung des Betriebes nötigen Arbeiten werden geleistet und Vorrichtungsarbeiten, die im Augenblick keinen Gewinn bringen, aber später hundertfältige Frucht tragen werden. Ungeheure Summen, die vorherhand nicht durch Produktion gedeckt werden, müssen für den passiven Widerstand aufgebracht werden, aber es gilt, den in unser Land eingebrachten Feind niederzuringen und kein Opfer darf dazu zu groß sein.

Anders verhält es sich mit der „passiven Resistenz“, mit der — richtiger gesagt und deutsch ausgedrückt — Zurückhaltung jener Arbeit, von der die Franzosen keinen Nutzen haben, sondern die nur dazu dienen soll, bei Beendigung des Ruhrkonflikts die Arbeit wieder voll aufnehmen zu können. Gewiss hat das Unternehmertum später Nutzen, wenn jetzt Vorrichtungsarbeiten gemacht werden, aber auch für die Kameraden ist es gut, damit dann so viele wie möglich bei der Kohलगewinnung beschäftigt werden, damit wir wieder zu einer geregelten Produktion kommen und jeder zu geregelten Verhältnissen. Denn es ist schon so und alle Sprüche helfen uns nicht darüber hinweg: die Kohle — und zwar genügend Kohle — bildet den Grund unserer ganzen Industrie und je mehr Produkte von dieser geschaffen werden, desto mehr Auslandswaren können wieder eingeführt werden, denn im Grunde genommen beruht die Weltwirtschaft nur auf Waren-austausch. Produzieren wir wenig oder nichts mehr, können wir uns begeben lassen müssen unser Papiergeld.

Deswegen, Kameraden, lasst euch nicht mit der passiven Resistenz bei jeder Kleinigkeit! Folgt den Forderungen eurer Organisation. Wenn auf Schachanlagen zum passiven Widerstand gegriffen werden müsste, nur das Produkt der Arbeit nicht in die Hände der Franzosen fallen zu lassen, wenn schon dadurch viele fleißige Hände ruhen müssen, also auf Kosten der Allgemeinheit ihr Leben fristen, so denkt dann nicht, weil diese nicht arbeiten, braucht auch ihr nichts zu tun, sondern seid froh, daß noch Arbeit vorhanden ist, denn ganzer Stillstand der Industrie heißt nicht nur Tod für die Maschinen, sondern auch für die Massen.

Auch die Unternehmer und ihre Sachwalter müssen mehr Rücksicht nehmen auf die Stimmung der Arbeiter in dieser Zeit der Entwertung und des Elends. Sie sollen nicht gleich jedes unüberlegte Wort übernehmen und mit Maßregelungen drohen, sondern vom Herrenhandpunkt etwas ablassen, wenn es auch schwer fällt. Ein gutes Wort findet einen guten Ort, die Zeit ist nicht mehr dazu angeht, daß es nur noch Herren und Knechte gibt, sondern nur die Zusammenarbeit kann uns retten.

Ein Mittel des Klassenkampfes.

Die kommunistische „Rote Fahne“ bringt einen Artikel über die „Perfektorenrespondenz“ der kommunistischen Internationale. Sie schreibt darin:

„Die Kommunisten lügen nicht. Sie lügen nie. Denn die Lüge als bewußtes Kampfmittel denken, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verfluchte reale Notwendigkeit. Die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug.“

Demnach ist die Lüge eine „verfluchte reale Notwendigkeit“ des kommunistischen Klassenkampfes. Wir können uns keinen größeren Selbstbetrug denken, als Unwahrscheinlichkeit im Klassenkampfe. Im übrigen: Der künftige kommunistische Zeitungsartikel nicht verstehen kann, der denke an dieses Eingeständnis.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Behinderung des Deputatlohnbezugs durch die Besetzung.

Im Einbruchgebiet hängen Plakate an den Mauern mit der schmeichelehaften Überschrift: „An die Ruhrkumpels!“ Darin wird von der Besetzung den Bergarbeitern erzählt, daß dem Deputatlohnbezug keine Hindernisse im Wege stehen, wenn die Betriebsräte und Werksdirektionen nur die Passierscheine für die Belegschaftsmitglieder bei der Besetzung beantragen.

Nun mühen sich die Betriebsräte seit Wochen um diese Passierscheine. Wie sie dabei von der Besetzung behandelt werden, dafür folgende Tatsache:

Ein unserem Verbandsangehöriger Betriebsrat einer Zeche in der Nähe von Bochum sprach in der Bochumer Oberrealschule bei der Besetzung wegen dieser Scheine vor. Es wurde ihm bedeutet, eine Liste der Belegschaft einzureichen. Als dieses geschah, wurde diese Liste als nicht der Form entsprechend erklärt und in den Papierkorb geworfen. Die zweite nun eingereichte Liste wurde gleichfalls verworfen und erst die dritte Liste wurde angenommen mit dem Bescheid, daß der Betriebsrat nicht mehr zu kommen brauche; es werde ihm Nachricht zugehen. Damit ist es offensichtlich auf eine Verschleppung abgesehen.

Um diesen Bescheid zu erhalten, war es notwendig, daß der Kamerad fünfmal den Weg zur Realschule machen und dreimal neue Belegschaftslisten anfertigen mußte. Das ist der Fall von einer Zeche, von vielen anderen liegen gleiche Nachrichten vor, d. h. nicht nur aus dem Bochumer Bezirk, sondern auch aus anderen Bezirken. Einige Kommandostellen haben erklärt, daß eine neue Verordnung über Deputatlohnbezug zu erwarten sei und deshalb vorläufig keine Passierscheine herausgegeben werden.

Dieses diene zur Mitteilung an die Belegschaften im Einbruchgebiet, weil vielfach die Meinung auftritt, daß die Betriebsräte in dieser Sache nicht genügend täten. Das eingangs erwähnte Plakat wurde überall angepöpst, um die französisch-belgischen Besetzungsmächter als Freunde der Arbeiterschaft erscheinen zu lassen und die Belegschaften gegen die Betriebsräte aufzuheizen. Als nun diese „Arbeiterfreunde“ ihr Versprechen einlösen sollen, behandeln sie die Vertreter der Belegschaften in einer entehrenden Weise, wie dumme Jungen. Sie verhindern durch eine plumpe Verschleppungstaktik den Deputatlohnbezug und bleiben ihrer Taktik treu, die Menschen durch alle möglichen Schikanen zu quälen.

Kameraden! Der Deputatlohnbezug ist euer erworbenes Recht, ist ein Teil eures Lohnes. Hier steht ihr, wie auch dieses Recht von den Beauftragten des französischen Imperialismus verweigert wird. Wie würden diese erst wüten, wenn es ihnen gelänge, das Ruhrrevier von Deutschland abzutrennen!

Auf dem Bochumer Verein nahmen die Arbeiter, um zu Hause ihr Essen kochen zu können, jeden Tag ein oder zwei Stück Brot mit nach Hause. Am 4. September wurden beim Schichtwechsel die Ausgänge durch französische Gendarmen und Soldaten besetzt und den Leuten die Brote abgenommen. Jedes weitere Wort ist überflüssig.

Nachträglich wird uns eine Mitteilung der französischen Behörde bekannt, welche folgendes besagt:

Die alliierten Kommissionen haben immer im Interesse der Bevölkerung den Verlangen nach Deputatlohn, ausgehend von den Betriebsräten, entprochen. Aber die Besetzung fördert seit einiger Zeit nur eine so geringe Kohlenmenge, daß das alliierte Kohlenlimit beschlossen hat, jede Erlaubnis für Deputatlohn zu verweigern. Sobald die Grubenarbeiter das Steinhauerhandwerk verlassen werden, um wieder Kohlen zu fördern, werden auch die Deputatlohn wieder zur Verfügung gestellt werden.

Es trifft aber zu, was wir oben gesagt haben. Statt den Betriebsräten von vornherein die Wahrheit zu sagen, ließ man sie, um sie zu quälen, mit Listen hin- und herlaufen. Das ist die Kultur der „Grande-Nation“-Vertreter.

Zahlreiche Welterhol.

Am 29. August starb infolge eines Schlaganfalls der frühere Vertrauensmann Kamerad Johann Dietrich im Alter von 57 Jahren. Er war jahrelang unter den schwierigsten Verhältnissen Vertrauensmann sowie Zeitungsbote unserer Zahlstelle. Trotz seines vorgerückten Alters sowie seines schlechten körperlichen Zustandes hat er keinen Weg und keine Mühe gescheut. Im Herzen der Kameraden hat sich der alte Johann ein ewiges Andenken geschaffen. Alle Kameraden mögen sich ihn zum Vorbild nehmen. Dem nun von seinen Leiden und Mühen Ausruhenden möge die Erde leicht sein! Die Ortsverwaltung.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Betriebsräte des Braunkohlereviers gegen den wilden Streik.

Um zu dem wilden Streik auf der Grube Wachtberg bei Frechen Stellung zu nehmen, lud unsere Bezirksleitung die Betriebsräte des Reviers zu einer Konferenz ein, welche am 19. August in Köln tagte.

Bezirksleiter Hamblow schilderte kurz die Vorläufe: Die Bewegung auf der Grube Wachtberg mit ihren Folgen zeigt, wie es nicht gemacht werden darf, wenn die Arbeiterschaft nicht noch tiefer ins Elend sinken soll. Für die wilde Bewegung tragen die kommunistischen Räder die Schuld, die mit ihrer Generalkonferenz und der Behauptung der Arbeiter gegen die Gewerkschaften und deren Angestellte den Boden für die Vorläufe geschaffen haben. Nachdem der Streik auf der Grube Wachtberg vollständig zusammengebrochen ist und Hunderte von Arbeitern auf der Straße liegen, sind es wieder die Gewerkschaften, welche versuchen müssen, die Opfer des Streiks wieder in den Betrieb zu bringen. Sie haben auch bereits die ganze Woche mit dem Unternehmerverband verhandelt, und hoffentlich wird es gelingen, den größten Teil der entlassenen Arbeiter wieder einzustellen.

Von den Rädern wird bestritten, daß die Bewegung von ihnen eingeleitet worden ist, sie soll „spontan“ entstanden sein. Daß dies nicht zutreffend ist, beweist folgendes Schriftstück:

„Liebe Kollegen! Ich bin beauftragt, Euch folgendes mitzuteilen: Am Sonntag, den 5. August, vormittags 10 Uhr, fand in Frechen eine von der Wachtberg-Gruppe einberufene Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung statt. Vertreten waren fast alle Werke der Braunkohle. Es wurde beschlossen, die Arbeiter aller Werke aufzufordern, sofort in Versammlungen Stellung zu nehmen, ob sie bereit sind, sich hinter folgende Forderungen zu stellen: 1. Auszahlung einer Teuerungszulage von 16

Millionen Mark, 2. Einführung von Friedenslohn im Werte von 10 Zentnern Briketts pro Schicht.

Ueber das Ergebnis muß Mittwoch in einer Betriebsräteversammlung berichtet werden. Ort und Zeit wird noch mitgeteilt. Feststellen, ob die Belegschaft bereit ist, für die Forderungen zu kämpfen. Im Ruhrgebiet stehen die Kollegen im Kampf. Die ganze deutsche Arbeiterschaft ist in Bewegung.

Ein Kollege von Schallmayer. gez.: B.

NB: Als vorläufiger Kopf wurde der Betriebsrat von Wachtberg bestimmt.

Durch dieses Schriftstück wird also vollständig bestätigt, wer die Räder der Bewegung sind. Mit welchem Geiste die Bewegung geleitet wurde, geht daraus hervor, daß es unserem Verbandsmitglied nicht möglich war, Mitgliederversammlungen abzuhalten, um Aufklärung unter unseren Mitgliedern zu schaffen. Unsere Versammlungen wurden in einer ganz wüsten Weise von organisierten Streiktrupps gesprengt. Reichte Geist und Besonnenheit nicht aus, wurde mit den Stuhlweilern gekämpft, um auf diese Weise jede Vermunft zu unterdrücken. Eine solche Bewegung mußte zusammenbrechen, da ihr jede gewerkschaftliche Leitung fehlte und auch die Voraussetzungen zum Erfolg nicht gegeben war. In dem Schriftstück wird behauptet, daß fast alle Braunkohlenwerke auf der Konferenz vertreten gewesen seien, was nicht zutreffend ist. Von den 36 Gruben des Reviers waren nur 8 Gruben vertreten. Wenn es diesen Leuten immer noch gelingt, die Arbeiter in solche Puffe zu treiben, so tragen diejenigen Betriebsratsmitglieder die Schuld mit, die solche wilde Konferenzen noch immer besuchen, trotzdem sie wissen müssen, daß sie sich durch eine solche Handlungsweise außerhalb der Organisation stellen.

Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Konferenz verurteilt das Vorgehen der Belegschaft der Grube Wachtberg bei dem dortigen wilden Streik. Soll eine Bewegung eingeleitet werden, muß diese durch die Gewerkschaften geschehen und die Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung vorhanden sein.

Von Bergarbeiterverbänden fordert die Konferenz, daß die Löhne der Bergarbeiter den Teuerungsverhältnissen und den übrigen Industriegruppen angepaßt werden, was bis heute leider noch nicht geschehen ist.

So fand die Konferenz einen einmütigen Verlauf. Es kann gehofft werden, daß sich die Lehre aus dem Puffe auf Wachtberg auf alle Arbeiter des (In)deutschen Braunkohlebergbaus überträgt.

Mitteilung der Redaktion.

Mehrere Berg- und Hüttenarbeiter. Auf eine Zuschrift aus Buer-Erle: Euer Programm für eine neue Partei, die gemeinsam mit der Union und den Zentrumswählern errichtet werden soll, ist noch sehr mangelhaft. Der übermittelte Betrag macht ein Drittel eines Wochenbeitrages zum Verband aus, reicht also für einige Briefmarken; eine neue Partei läßt sich also damit nicht aufbauen. Ihr hättet aber auch eure Namen und Adressen angeben sollen, damit man gleich einige der erwähltesten Kandidaten zur Hand hätte.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 9. bis 15. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bekanntmachung.

Um zu verhindern, daß bei der jetzt wöchentlichen Beitragserhöhung für krankfeiernde Mitglieder beim Bezuge der Krankunterstützung eine Verschlechterung eintritt, hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 29. August 1923 die Auslegung des § 19 Abs. 1 des Statuts wie folgt beschlossen:

„Für Errechnung der Krankunterstützung wird der Durchschnittswochenbeitrag der letzten 4 Wochen zugrunde gelegt.“

Anweisung über die Auslegung und Handhabung dieses Beschlusses geht den Funktionären der Zahlstellen durch Zirkular zum § 19 Abs. 2 wie folgt geändert:

„Wer ohne Stundungsvermerk länger als 2 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist, hat jeden Anspruch auf die Leistungen des Verbandes verloren.“

Eintrittsgeld. Das Eintrittsgeld beträgt für den Monat September:

- für vollzahlende Mitglieder 500 000 Mark,
- „Jugendliche und Frauen 250 000 „

Der Vorstand.

An unsere Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen im unbesetzten Deutschland.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß alle für die Hauptverwaltung bestimmten Einblendungen nicht mehr nach Hamm, sondern an unsere Adresse in Bielefeld zu senden sind. Die Adresse lautet:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bielefeld, Gerforderstr. 21. Die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen des besetzten Ruhrgebiets schicken ihre Einblendungen wie bisher nach Bochum.

Folgende Mitglieder sind, weil sie gleichzeitig einer gegnerischen, nicht anerkannten Organisation angehören, aus dem Verbande ausgeschlossen:

- Johann Simon, Haupt-Str. 298 400, Zahlstelle Krugblüte,
- Johann Holz, S.-Str. 298 877, Zahlstelle Merckweller, Christian Holz, S.-Str. 810 855, Zahlstelle Merckweller, Adolf Samberg, S.-Str. 1084 487, Zahlstelle Appellhorn. — Das Mitglied Wilhelm Jutz, S.-Str. 1380 099, Zahlstelle Frankenholtz, ist wegen Streikbruch aus dem Verband ausgeschlossen.

Auf Grund des § 6 unseres Statuts wird das Mitglied Jakob Schmitz, Zahlstelle Gabelrath, Bezirk Köln, Haupt-Str. 278 907, aus dem Verbande ausgeschlossen.

Betrifft Amung nach dem Bezirk Hamm.

Die Vertrauensleute werden ersucht, alle aus ihren Zahlstellen nach dem Hammer Bezirk verzogenen Kameraden, möglichst mit Angabe der Wohnung oder Arbeitsstelle, unserer Bezirksleitung in Hamm, Feldstr. 14, melden zu wollen. Dieses ist notwendig, damit die verzogenen Kameraden mit ihren Beiträgen nicht zurückbleiben.

Adressenveränderung.

Herringen. Der Vertrauensmann Reinhold Piesker wohnt jetzt Herringen, A-Straße 19a.

Zur Beachtung! Allen Mitgliedern, welche Beschlüsse auf nicht erhalten haben, bitte zur Kenntnis, daß die Wappen ausverkauft sind. Eine Neuanfertigung kann in absehbarer Zeit nicht erfolgen. H. Hansmann & Co., Bochum.

Neu erschienen! Otto Hue: Neu erschienen! Die Bergarbeiter (1. und 2. Band)

In halbleinen gebunden. Grundpreis: 10 Mk., Verkaufspreis: Grundzahl mal Schlüsselzahl (zur Zeit 2000 000), für Mitglieder des Verbands